

Bericht der Regierung des

LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

über

radikale Bestrebungen

Stuttgart, den 9. Juli 1974

Bericht der Regierung des  
LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG  
über  
radikale Bestrebungen

Inhaltsübersicht:

Vorwort und Zusammenfassung

1. Rechtsradikale Bestrebungen

- 1.1. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
- 1.2. Junge Nationalsozialisten (JNS)
- 1.3. Neue Rechte

2. Linksradikale Bestrebungen

- 2.1. Aktivitäten der "Partei der Linken"
- 2.2. Aktivitäten der "Revolutionären Arbeiterorganisationen"
- 2.3. Zur Situation an den Landesrechtsschulen

3. Verfassungsergäuzung im öffentlichen Dienst

4. Aktivitäten politisch radikaler Ausländer

5. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

## Vorwort und Zusammenfassung

Die Landesregierung legt hiermit einen weiteren Bericht über radikale Bestrebungen im Lande Baden-Württemberg vor. Der Bericht enthält folgende wesentlichen Erkenntnisse und Beurteilungen:

### Rechtsradikalismus

- Die politische Schwäche des organisierten Rechtsradikalismus ist offenkundig. Sowohl die NPD-orientierte "Alte Rechte" als auch die Gruppen der "Neuen Rechten" finden in der Öffentlichkeit wenig Resonanz.
- Die rechtsextreme Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) verfolgt weiter verfassungsfeindliche Zielsetzungen, muß aber gegen Mitgliederverluste ankämpfen; die Zahl ihrer Angehörigen im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg ist weiter gesunken. Mit dem 1973 verkündeten Parteiprogramm verfolgt sie das Ziel, dem spürbaren Prestigeverlust, den sie in den Augen einer breiten Öffentlichkeit erlitten hat, entgegenzuwirken.
- Die zur "Neuen Rechten" zählende "Aktion Neue Rechte" (ANR) ist zu Beginn des Jahres 1974 auseinandergebrochen. Während der konservative Flügel die bisherige ANR-Arbeit fortsetzt, bildete die abgespaltene Fraktion eine "Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (NRAO). Zerwürfnisse im ANR-Landesverband Baden-Württemberg hatten bereits Ende 1973 zur Bildung des sogenannten Rechtsblocks (RB) in Stuttgart geführt.

### Linksradikalismus

- Die linksradikalen Parteien und Organisationen haben ihre verfassungsfeindlichen Aktivitäten unvermindert fortgesetzt. Dies gilt gleichermaßen für die orthodox-kommunistische Deutsche

Kommunistische Partei (DKP) wie für die maoistisch orientierten Vereinigungen Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML).

- Mit der Wahl von Herbert MIES zum Parteivorsitzenden hat wiederum ein "Moskautreuer" Kommunist die Führung der mittlerweile auf über 39 000 Mitglieder angewachsenen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) übernommen. Einen der Schwerpunkte in der DKP-Agitation bildet nach wie vor der "schändliche Berufsverbotsbeschuß". Die von der Partei durchgeführte Organisations-Reform hat sich in enger Anlehnung an das Gliederungsschema der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vollzogen. Trotz intensiver und umfangreicher Propaganda brachten die zurückliegenden Wahlen für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) erneut nur äußerst dürftige Ergebnisse.

- Die mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) verfeindeten maoistisch orientierten Vereinigungen Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW), Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) konnten insgesamt ihre Organisationen ausbauen und teilweise die Zahl ihrer Gruppen und Zellen erhöhen. Die Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland kommt in zahlreichen programmatischen Aussagen klar zum Ausdruck. Die genannten Gruppen halten beim revolutionären Kampf um die Erringung der politischen Macht die bewaffnete Auseinandersetzung für unvermeidbar. Die Zahl der Mitglieder dieser linksradikalen Organisation dürfte sich im Bundesgebiet auf rund 3 800 erhöht haben.

- An den Universitäten und Hochschulen des Landes zeichnet sich eine Zurückdrängung des linken Radikalismus ab: Die Zahl militanter Aktionen hat sich deutlich verringert; die linksradikalen Hochschulgruppen mußten bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten beträchtliche Mandatsverluste hinnehmen, die

im Ergebnis dazu führten, daß nur noch der AStA der Universität Konstanz von einer linksradikalen Studentengruppe angeführt wird. Die äußere Beruhigung an den Hochschulen ist jedoch nicht gleichzusetzen mit der Abnahme der Gefahr weiterer Radikalisierung. Zum Teil wird nur vorübergehend und lediglich aus taktischen Gründen auf militante Aktionen verzichtet.

### Ausländerradikalismus

- Ein Teil der über 200 politisch radikalen Ausländervereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland bedient sich konspirativer Verhaltensformen, in anderen Gruppen sind terroristische Tendenzen feststellbar. Die gleichzeitige Präsenz links- und rechtsradikaler Ausländergruppen schafft erfahrungsgemäß Ansatzpunkte für nicht immer gewaltlos verlaufende Konfrontationen. Eine besonders augenfällige Aktivität unter den ausländischen Studentengruppen entfaltet die "Conföderation Irandscher Studenten" (CISNU).

### Spionageabwehr

- Die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Ausspähungstätigkeit östlicher Nachrichtendienste hält unvermindert an. Das Schwergewicht der Ausspähungsbemühungen liegt bei den DDR-Nachrichtendiensten, die sich im Rahmen ihrer Spionagetätigkeit einer Vielzahl von Anbahnungs- und Werbungsverfahren bedienen. Aber auch der Nachrichtendienst der CSSR verstärkt seine Aktivitäten.

## 1. Rechtsradikale Bestrebungen

Der organisierte Rechtsradikalismus mit seinen verfassungsfeindlichen Zielsetzungen ist durch mangelnde Resonanz in der Öffentlichkeit und das anhaltende Desinteresse der Mitglieder an der Parteilarbeit weiter geschwächt worden. Dies gilt nicht etwa nur für die NPD-orientierte "Alte Rechte", sondern auch für Gruppen der sogenannten Neuen Rechten, die sich wegen ideologischer Meinungsverschiedenheiten, aber auch aus Konkurrenzgründen untereinander heftig befehden. In diesem Bereich machen sich zunehmend Radikalisierungstendenzen bemerkbar. In ihrer Kompromißlosigkeit und "System"-Feindlichkeit stehen die Kräfte der "Neuen Rechten" der "Neuen Linken" kaum nach. Weitgehend einig ist sich die "Neue Rechte" lediglich in der Ablehnung der Parteien und Organisationen der "alten reaktionären Rechten", zu denen sie sowohl die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, als auch jene Organisationen zählt, die dem Vorsitzenden der "Deutschen Volksunion" (DVU) und Herausgeber der Deutschen National-Zeitung, Dr. Gerhard FREY, München, nahe stehen.

Sowohl in der "Alten Rechten", als auch in der "Neuen Rechten" drängen die "sozialrevolutionären" Kräfte in den Vordergrund, um einen "nationalrevolutionären Sozialismus" ohne marxistisch-internationalistische Elemente zu verkünden.

Einige der radikalen Gruppen haben sich als Kader- oder Basisgruppen organisiert. Auf der Suche nach "Kampfgefährten" haben sie alle Angehörigen "national- und sozialrevolutionärer" Bewegungen zu Verbündeten erklärt.

Es zeigt sich, daß auch im Rechtsradikalismus nur noch diejenigen Kräfte mit einer überdurchschnittlichen Resonanz rechnen können, die sich in Terminologie und Programm "fortschrittlich" darstellen.

### 1.1. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) als größte Organisation der sogenannten "Alten Rechten", hat durch sinkende Mitgliederzahlen weiter an Substanz verloren. Sie unternimmt jedoch ernste Anstrengungen, durch

- die Festigung ihrer organisatorischen Basis
- eine relativ starke Propagandatätigkeit
- die Schulung ihrer Mitglieder und Funktionäre
- das im Herbst 1973 verkündete neue Parteiprogramm

sich in der Öffentlichkeit wieder Ansehen und Unterstützung zu verschaffen.

Der in weiten Kreisen der Partei vorherrschenden pessimistischen Beurteilung der eigenen politischen Zukunftsaussichten versuchen führende Mitglieder auf allen Parteebenen vor allem mit dem Hinweis auf das angeblich zukunftsweisende neue Programm zu begegnen. In den "Grundsätzen" ihres Programms bekennt sich die NPD zur "nationalen, demokratischen, freiheitlichen, sozialen und lebensrichtigen Idee", wobei auffällt, daß der früher verwendete Begriff "konservativ" durch die nichtssagende Formel "lebensrichtig" ersetzt wurde.

Anlässlich ihres 10jährigen Bestehens erklärte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands das Jahr 1974 zum "Jahr der Nationaldemokraten" und rief alle Verbände zu verstärkter Mitgliederwerbung unter dem Motto "aus 1 mach 3" auf. Der Aktion war bisher kein Erfolg beschieden. Die NPD hat gegenwärtig im Bundesgebiet noch etwa 12 000, in Baden-Württemberg allenfalls noch 1 400 Mitglieder.

#### 1.2. Junge Nationaldemokraten (JN)

Die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) als Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, haben demgegenüber einen - allerdings geringen - Auftrieb in ihrer Arbeit zu verzeichnen. Sie sind bestrebt, ihre

politischen Grundaussagen, die weitgehend denjenigen der NPD entsprechen, zu präzisieren und sie gleichzeitig der "Sprache der Jugend" anzupassen. Trotz der grundsätzlichen Bereitschaft, die NPD-Kreisverbände zu unterstützen und Solidarität gegenüber der Partei zu üben, suchen die Jungen Nationaldemokraten sich andererseits von der NPD abzugrenzen und den Einfluß von NPD-Funktionären zu vermindern. Die Jungen Nationaldemokraten wollen, so verlautet, mit "allen national-freiheitlichen und nationalisistischen Gruppen, überall auf der Welt" zusammenarbeiten. Sie finden jedoch in der Öffentlichkeit, namentlich bei Jugendlichen, nur wenig Anklang. Eigene Hinweise auf steigende Mitgliederzahlen entsprechen nicht den Tatsachen.

### 1.3. Neue Rechte

Die "Aktion Neue Rechte" (ANR), die seit ihrer Gründung im Januar 1972 durch den NPD-Funktionär Dr. PÖHLMANN, München, als dominierende Organisation der "Neuen Rechten", als Heimat der der NPD überdrüssigen rechten "Sozialisten" galt, ist nach monatelangen internen Auseinandersetzungen Anfang dieses Jahres auseinandergebrochen. Der konservative Flügel bestätigte auf einem Bundeskongreß im März 1974 Dr. PÖHLMANN als ANR-Bundesvorsitzenden, der die politische Arbeit entsprechend der Grundsatzerklärung der ANR aus dem Jahre 1972 fortsetzen will. Zur gleichen Zeit gründete der mit Dr. PÖHLMANN verfeindete "nationalrevolutionäre" radikale ANR-Flügel die "Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (NRAO). Die NRAO ist zur Zeit bemüht, ein "auch für den einzelnen Mann auf der Straße" verständliches Programm zu erarbeiten.

Die inneren Zerwürfnisse über den politischen Standort der Aktion Neue Rechte hatten schon im Oktober 1973 zur Auflösung des ANR-Landesverbandes Baden-Württemberg geführt. Ehemalige Funktionäre und Mitglieder der Organisation gründeten daraufhin in Stuttgart den "Rechtsblock" (RB), von dem bislang nur einige wenige örtliche Stützpunkte bestehen. In einem sehr allgemein gehaltenen Programm wendet sich der "Rechtsblock" unter anderem gegen den "menschen- und völkerversklavenden Sowjet- und Kapitalimperialismus" und fordert ein "vereintes Europa freier Völker ... unter Wahrung der Verschiedenheit und Eigenart der in Jahrtausenden gewachsenen Kulturbereiche". Die innenpolitischen Forderungen decken sich weitgehend mit den Zielen anderer rechtsradikaler Organisationen. Der organisatorische Aufbau des "Rechtsblocks" (RB) geht nur zögernd voran.

## 2. Linksradikale Bestrebungen

Die dem Bereich des organisierten Linksradikalismus zugehörigen kommunistischen Parteien und Organisationen haben ihre verfassungsfeindlichen Aktivitäten unvermindert fortgesetzt. Ihre langfristige Zielsetzung richtet sich nach wie vor auf die "revolutionäre Umwälzung" der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Probleme und Schwierigkeiten, die im betrieblichen Bereich, auf dem sozialpolitischen Gebiet und in der Außenpolitik sichtbar werden, finden innerhalb der kommunistischen Agitation übergroße Resonanz mit dem Ziel, die Handlungsunfähigkeit des "bürgerlichen Staatsapparates" unter Beweis zu stellen.

Während jene kommunistischen Organisationen, die sich der Masse der Arbeitnehmer als Interessenvertreter anbieten, insgesamt ihre Position (Organisation, Mitglieder, Zellen) ausbauen konnten, mußten linksradikale Studentengruppen

bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten an den Universitäten in Baden-Württemberg zum Teil erhebliche Mandatsverluste hinnehmen. Verschiedene Faktoren haben offenbar eine Abkehr von den oftmals militant auftretenden Studentenvereinigungen bewirkt.

### 2.1. Aktivitäten der "orthodoxen Linken"

Die 1968 gegründete "Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) hat auf ihrem 3. Parteitag vom 2. - 4. November 1973 in Hamburg keine neuen programmatischen Grundsätze für die Parteiarbeit beschlossen. Die "Grundsatzerklärung der DKP" von 1969 und die "Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP" von 1971 bilden daher auch künftig die Grundlage für das langfristige Ziel der Partei, das parlamentarische System in der Bundesrepublik zu beseitigen.

Zum neuen Parteivorsitzenden wurde in Hamburg der aus Mannheim stammende Funktionär Herbert MIES, bisher stellvertretender Vorsitzender, gewählt. In dem von MIES abgegebenen "Bericht des Parteivorstandes", der weitere Richtlinien für die zukünftige Parteiarbeit enthält, wurde die Mitgliederzahl mit 39 344 angegeben. 1971 betrug die Mitgliederzahl noch 33 410. Bemerkenswert ist, daß die DKP - im Gegensatz zum Parteitag 1971 - keine Angaben über die Zahl ihrer sogenannten Grundeinheiten, vor allem der Betriebsgruppen, gemacht hat; es wird darin wohl ein Anzeichen für die Stagnation der organisierten Betriebsarbeit gesehen werden können.

Die DKP will - dem Bericht des Parteivorstandes zufolge - auch in Zukunft "die Außenpolitik der Bundesregierung unterstützen", soweit sie "den Realitäten Rechnung" trage; sie gedenkt offenbar aber "gewisse Aspekte"

weiterhin zu kritisieren und zu bekämpfen, so vor allem

die Bindung an die NATO und den  
"USA-Imperialismus";  
die Erhöhung des Rüstungsetats und den  
Antikommunismus und Antisowjetismus.

Im Kampf um Reformen, den die DKP als Klassenkampf versteht, will sie sich entschieden gegen den "fortschreitenden Abbau der Demokratie", u.a. verkörpert in dem "schändlichen Berufsverbotsbeschluß", wenden und dabei folgende Forderungen unterstützen:

Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft,  
Reformen im Schulwesen und in der Berufsausbildung der Arbeiterjugend,  
Reformen im Sozial- und Gesundheitswesen,  
Maßnahmen zum vorbeugenden Umweltschutz,  
Reform des Bodenrechts und des Mietrechts.

Die DKP hält ferner die Verstaatlichung der Großbanken, Versicherungskonzerne, "Monopolgiganten" und der "Rüstungsindustrie" für unerläßlich.

Die DKP distanziert sich entschieden vom "Sozialreformismus" der "SPD-Führer", der sich in der bloßen Reformierung des Kapitalismus erschöpfe. Demokratische Reformen sind für die DKP vielmehr "Schritte zu einer antimonopolistischen Demokratie", in der die Macht des Großkapitals eingeschränkt wird und das werktätige Volk bestimmenden Einfluß auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft erhält. Nur eine solche "antimonopolistische Demokratie" ist nach Ansicht der DKP geeignet, den Weg zu einer "sozialistischen Ordnung" in der Bundesrepublik zu ebnen.

Im Übrigen hat die DKP die satzungsmäßige Möglichkeit eröffnet, in Zukunft auch Ausländer als Mitglieder aufzunehmen. Ferner wurde am 1. Juni 1974, wie auf dem Hamburger Parteitag beschlossen, die sozialistische Kinderorganisation "Junge Pioniere" gegründet.

Außerdem wurde die Gliederung der DKP-Grundorganisationen der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR angepaßt. Die bisherigen Landesvorstände wurden in "Bezirksvorstände" umbenannt. Nach unten gliedert sich die Parteiorganisation in Kreis-, Orts-, Wohngebiets-, Betriebs- und Hochschulgruppen. In Baden-Württemberg sind gegenwärtig 22 Kreisgruppen, 56 Orts- und Wohngebietsgruppen, 12 Betriebsgruppen und 6 Hochschulgruppen mit zusammen etwa 2 800 - 3 000 Mitgliedern aktiv.

Große Beachtung schenkt die DKP weiterhin der publizistischen Betreuung. Zu den etwa 50 von den Kreis- und Wohngebietsgruppen herausgegebenen Zeitungen treten in Baden-Württemberg noch 47 sporadisch erscheinende Betriebsgruppenzeitungen.

Taktischer Schwerpunkt in der Arbeit der DKP ist nach wie vor das Streben, die "Aktionseinheit" mit Sozialdemokraten und anderen demokratischen Gruppen herzustellen, um die eigene politische Schwäche zu überwinden und Einfluß auf größere Teile der Bevölkerung zu gewinnen.

Die Wahlen in Hamburg am 3. März 1974 (2,2 %), die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 24. März 1974 (0,5 %) und im Saarland am 5. Mai 1974 (1,7 %) haben jedoch erneut bewiesen, daß die DKP trotz kostspieliger Wahlpropaganda keine nennenswerte Resonanz findet.

Die Jugendarbeit der DKP wird in der straff gelenkten "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" (SDAJ) intensiv betrieben. Die auf dem 3. Parteitag der DKP erfolgte Wahl des Bundesvorsitzenden der SDAJ in das Parteipräsidium unterstreicht die enge personelle und ideologische Verbindung zwischen beiden Organisationen.

Die SDAJ unterstützt die DKP insbesondere in der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, Sie gibt für mehrere Betriebe "Lehrlingszeitungen" heraus, in denen betriebsinterne Ereignisse kritisiert und wirkliche oder behauptete Mißstände aus kommunistischer Sicht angeprangert werden.

## 2.2. Aktivitäten maoistisch orientierter Organisationen

In Baden-Württemberg sind besonders die Aktivitäten der bundesweit organisierten und maoistisch orientierten Gruppen Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) und Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) spürbar.

Die langfristige Zielsetzung dieser Organisationen ist eindeutig verfassungsfeindlich. Sie verfolgen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus unter Einbeziehung der Thesen Mao Tsetung's die "Umgestaltung" der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel, die "klassenlose Gesellschaft" zu errichten. Dabei schrecken diese Gruppen eigenen Erklärungen zufolge auch nicht davor zurück, die revolutionäre Umgestaltung der Verhältnisse mit Waffengewalt durchzusetzen. Die KPD äußert sich dazu wie folgt:

"Weil die Grundfrage jeder Revolution die Macht im Staate ist, zerschlägt die bewaffnete proletarische Revolution als erstes vollständig die bürgerliche Staatsmaschine ..." (aus dem KPD-Programmentwurf)!"

Die Errichtung der "proletarischen Diktatur" ist auch nach Ansicht des KBW nur mittels Gewaltanwendung denkbar:

"Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen" (aus dem KBW-Programm)".

Die linksradikalen Gruppen sind weiterhin darauf bedacht, durch Stärkung der Organisationen und Ausweitung der Agitation ihren Einfluß in möglichst vielen Bereichen zu vergrößern.

#### 2.2.1. Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die KPD begrüßte die im Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 9. Januar 1974 getroffene Feststellung, die "Eigenschaft der KPD als einer politischen Partei" (könne) "nicht mit ausreichender Sicherheit" verneint werden. Die KPD sieht in dieser Entscheidung einerseits eine Bestätigung ihrer eigenen Auffassung und meint darin andererseits "die Furcht des bürgerlichen Staatsapparates" zu erkennen, die "marxistisch-leninistischen Kräfte" zu verbieten.

Unter Mitwirkung des KPD-Regionalkomitees Nordwürttemberg-Nordbaden sind neben den bereits im Jahre 1973 gebildeten Ortsleitungen in Karlsruhe und Stuttgart zusätzlich eine KPD-Sympathisantengruppe in Gaggenau und "Rote Fahne-Freundeskreise" ("Rote Fahne" = Zentralorgan der KPD) in Mannheim und Heidelberg aufgebaut worden. Daneben arbeiten in 7 Städten Ortsgruppen oder Stützpunkte der der KPD politisch nahestehenden "Liga gegen den Imperialismus". Diese Vereinigung, deren für Baden-Württemberg zuständige Leitung ihren Sitz in Stuttgart hat, übernahm nach

der Bonner Rathausbesetzung am 10. April 1973 gemeinsam mit der KPD die Verantwortung für diesen Gewaltakt. Nach eigenen Angaben zählt die KPD mittlerweile 2 000 Mitglieder; in dieser Zahl dürften allerdings die Angehörigen von Hilfs- und Nebenorganisationen enthalten sein.

### 2.2.2. Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)

Eine gesteigerte Aktivität entfaltet der aus verschiedenen lokalen Gruppen im Jahre 1973 gebildete Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), dessen Zentrale sich in Mannheim befindet. Ihm gehören derzeit nach eigenen - glaubhaften - Angaben insgesamt 1 250 Mitglieder an, die in 36 Orts- und Ortsaufbaugruppen organisiert sind. Allein in Baden-Württemberg verfügt der KBW über 10 Orts- bzw. Ortsaufbaugruppen; ferner bestehen hier 6 Sympathisantengruppen.

Veröffentlichte KBW-Dokumente lassen erkennen, daß die Organisation bemüht ist, nicht als Studentenorganisation angesehen zu werden. Die politisch wichtigen KBW-Führungsgremien sind deshalb so zusammengesetzt, daß sich Angehörige der "Intelligenz" und der "Werkstätigen" zahlenmäßig die Waage halten.

Die umfangreiche publizistische Aktivität des KBW stützt sich auf zahlreiche, unter anderem fremdsprachlich abgefaßte Flugblätter und Betriebszeitungen, auf das theoretische Organ "Kommunismus und Klassenkampf" und auf das Zentralorgan "kommunistische volkszeitung", das 14tägig in einer Auflage von derzeit 59 000 Exemplaren erscheint. Die rege publizistische Tätigkeit wird durch Anstrengungen des KBW ergänzt, die Zahl arbeitsfähiger Zellen

nicht nur in der gewerblichen Wirtschaft, sondern auch im Bereich des öffentlichen Dienstes zu erhöhen. Der KBW gibt die Zahl seiner Zellen im Bundesgebiet, die heute im öffentlichen Dienst aktiv sind, mit 39 an. Im Bereich der Industrie arbeiten bereits 120 Zellen.

### 2.2.3. Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Die 1968 gegründete KPD/ML unterscheidet sich in ihren wesentlichen Zielsetzungen kaum von den vorgenannten Organisationen. Ihre Aktivität in Baden-Württemberg ging in den Jahren 1971 und 1972 merklich zurück. Seit 1973 unternimmt sie erneut Anstrengungen, ihre organisatorische Basis zu verbreitern. Eine verstärkte Aktivität geht dabei von den Ortgruppen Freiburg, Böblingen/Sindelfingen, Mannheim und Stuttgart aus; Stützpunkte bestehen ferner in Ulm, Ebingen/Tailfingen und Heidenheim. Die KPD/ML, der gegenwärtig etwa 600 Personen im Bundesgebiet angehören, gliedert sich in 4 Landesverbände. Hinzu kommen die Sektion West-Berlin und die Landesleitung für Baden-Württemberg.

Im Rahmen ihrer Linksradikalen Agitation richten die genannten Gruppen ihr Hauptaugenmerk nach wie vor auf die Ansprache und Beeinflussung von Angehörigen der "werktätigen Klasse". Dies machten sie besonders deutlich, als sie 1973 mit großem Propagandaaufwand in wilde Streiks eingriffen. Dabei wurde auch nachdrücklich versucht, die Streikbereitschaft ausländischer Arbeitnehmer zu wecken. Beispielsweise bemühte sich die KPD in besonderem Maße, die Kontakte zu italienischen und spanischen Gruppen enger zu knüpfen.

### 2.3. Zur Situation an den Landeshochschulen

An den Hochschulen des Landes gibt es Anzeichen dafür, daß der linke Radikalismus wieder zurückgedrängt werden kann. Er hat bei den in den vergangenen Monaten durchgeführten Wahlen zu den Studentenparlamenten teilweise beträchtliche Mandatsverluste erlitten. Die organisatorische Geschlossenheit und die politische Aktivität der linksradikalen Hochschulgruppen ist jedoch ungebrochen und ihre langfristige Zielsetzung unverändert auf "die Aufhebung der kapitalistischen Herrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als Etappe auf dem Weg zum Kommunismus" gerichtet. Ihre in den Studentenparlamenten geschwächte Stellung gleichen sie zum Teil dadurch aus, daß sie Verbündete aus dem radikaldemokratischen Lager für Koalitionen gewinnen. Bei dieser "Bündnispolitik" zeichnet sich ab, daß sich die "linken", die "fortschrittlichen" Gruppen untereinander alle für koalitionsfähig halten.

Andererseits lehnen diese Gruppen in aller Entschiedenheit ein Bündnis mit "den Rechten an der Universität und ihren sogenannten Studentenvertretern" ab.

Die Zahl gewalttätiger Auseinandersetzungen und militanter Aktionen ist gegenüber früheren Semestern deutlich zurückgegangen. Die äußere Beruhigung an den Hochschulen des Landes ist jedoch nicht mit einer Verringerung der Gefahr gleichzusetzen, die für unsere rechtsstaatliche Ordnung von den linksradikalen Hochschulgruppen ausgeht. Der "Sozialistische Heidelberger Studentenbund" (SHS), noch vor wenigen Semestern Hauptträger zahlreicher Aktionen und Provokationen an der Universität Heidelberg und im Sommer-Semester 1974 bislang kaum in Erscheinung getreten, hat im Wintersemester 1973/74 für das aktuelle Verhalten der radikalen studentischen Linken die Formel

geprägt: "Die strategische Linie an der Universität ist: Tunnels graben und Vorräte anlegen!".

Im einzelnen stellt sich die Situation an den Hochschulen wie folgt dar:

Wahlen zu den Studentenparlamenten:

Der DKP-orientierte MSB Spartakus an der Universität Karlsruhe verlor bei den Wahlen vom Februar 1974 nicht nur 6 seiner bislang 11 Mandate, sondern zugleich auch die Führung im AStA.

An der Universität Stuttgart nehmen linksradikale Gruppen seit den letzten Wahlen zum Studentenparlament nur noch 5 der 30 Sitze ein.

Die Mandatszahl der maoistischen "Kommunistischen Studentengruppen" (KSG) an der Universität Tübingen ist von 28 im Jahre 1972 über 11 (1973) auf nunmehr 3 zurückgegangen; allerdings hat eine von linksradikalen und radikaldemokratischen Gruppen getragene Listenverbindung 18 Sitze gewonnen.

An der Universität Freiburg verlor die eng mit dem KBW verbundene "Kommunistische Hochschulgruppe" (KHG) bei den Wahlen vom Februar 1974 5 ihrer bisher 8 Sitze.

An der PH Freiburg, wo die "Kommunistische Hochschulgruppe" bislang nicht nur den AStA stellte, sondern in einer spektakulären Aktion auch mehrere Wochen lang das AStA-Gebäude besetzt hielt, quittierte die Studentenschaft bei den Wahlen Mitte Mai diese aktionistische Politik mit einer eindeutigen Absage für diese kommunistische Gruppe:

die KHG, die zuvor die absolute Mehrheit im Studentenparlament besessen hatte, errang lediglich noch 3 der 21 Sitze.

### Besetzung der Allgemeinen Studentenausschüsse (ASTa):

Während Anfang 1973 noch alle Allgemeinen Studentenausschüsse (mit Ausnahme von Mannheim) in der Hand linksradikaler Gruppen waren, hat sich die Situation inzwischen geändert; der ASTa der Universität Konstanz ist derzeit der einzige, der von einer linksextremen Hochschulgruppe geführt wird. Allgemein ist eine stärkere Mobilisierung der gemäßigeren Kräfte innerhalb der Studentenschaft festzustellen.

### Bündnispolitik

Die Jungsozialisten bilden zusammen mit der "Kommunistischen Hochschulgruppe" (KHG) und dem "Sozialistischen Zentrum" (SZ) den ASTa der Universität Hohenheim; die GEW-Studentengruppe koalierte bislang in Tübingen mit dem "Sozialistischen Hochschulbund" (SHB) und dem "Sozialistischen Zentrum" (SZ), in Freiburg mit dem MSB Spartakus, dem SHB und dem "Liberalen Hochschulverband" (LHV); der am 30. Mai 1974 neugewählte ASTa der Universität Ulm besteht aus Vertretern der Jungsozialisten, des MSB Spartakus und Vertretern der Kommunistischen Studentengruppen (KSG).

### 3. Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Auf der Grundlage des Beschlusses der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972 hat die Landesregierung am 2. Oktober 1973 Richtlinien über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst für alle staatlichen Behörden des Landes erlassen. Sie bestimmen ein Verfahren, das Radikalen von rechts und links den Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrt. Vor der Einstellung wird jeder Bewerber auf seine Verfassungstreue geprüft. Ergeben sich Zweifel, erhält der Bewerber Gelegenheit zur Stellungnahme. Gelingt es ihm nicht, die Zweifel auszuräumen, wird er abgewiesen.

Wer in den öffentlichen Dienst übernommen werden soll, wird ausführlich über seine Pflicht zur Verfassungstreue belehrt und muß seine Bereitschaft erklären, sich durch sein Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Die vorhandenen Bediensteten werden für den Falleiner Prüfung unterzogen, daß besondere Verdachtsmomente dies nahelegen. Bestätigt sich der Verdacht, wird ggf. ein Disziplinarverfahren oder ein außerordentliches Kündigungsverfahren eingeleitet.

Den kommunalen Gebietskörperschaften sowie den sonstigen der Aufsicht des Landes unterliegenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts empfehlen die Richtlinien, entsprechend zu verfahren.

In absehbarer Zeit sollen die Richtlinien der Landesregierung, soweit sie Beamte und Richter betreffen, durch gesetzliche Vorschriften abgelöst werden. Der Bundesrat hat auf Initiative der Länder Eaden-Württemberg und Bayern einen Gesetzentwurf zur Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes, des Deutschen Richtergesetzes und des Soldatengesetzes beschlossen, der die Ablehnung eines Bewerbers bei Zweifeln an seinem jederzeitigen Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes regelt. Der eindeutige Vorrang der politischen Treuepflicht des Beamten, Richters oder Soldaten vor dem Parteienprivileg wird dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Mitgliedschaft in einer Partei oder sonstigen Vereinigung, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, in der Regel Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründet, und zwar auch dann, wenn die Partei oder Vereinigung noch nicht verboten ist. Es obliegt dem Bewerber, die Zweifel auszuräumen, so wie er auch andere Einstellungsvoraussetzungen nachzuweisen hat.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf weicht vom Vorschlag der Länder Baden-Württemberg und Bayern in entscheidenden Punkten ab: Er geht zwar ebenfalls vom Vorrang der Treuepflicht vor dem Parteienprivileg aus, läßt aber die bloße Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei oder Vereinigung als Eignungsmangel, der zur Ablehnung des Bewerbers führt, nicht ausreichen. Es soll Aufgabe der obersten Dienstbehörde sein, den Nachweis für fehlende Verfassungstreue zu führen. Der Bundesrat hat mit Unterstützung Baden-Württembergs zu diesem Gesetzentwurf der Bundesregierung ablehnend Stellung genommen. Er wendet sich insbesondere gegen die unzureichende Würdigung der Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen und die Umkehr der Beweislast bei der Ablehnung eines Bewerbers. Der Bundesrat weist darauf hin, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung von der gemeinsamen Basis des Beschlusses der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28. Januar 1972 abweicht und weniger enthält als bereits geltendes Recht ist. Daneben verzögert der Vorschlag der Bundesregierung eine einheitliche Regelung in Bund und Ländern, da er - anders als der Entwurf der Länder Baden-Württemberg und Bayern - nur eine Ergänzung des Rahmenrechts bringt, nicht aber unmittelbar in allen Ländern geltendes Recht schafft.

#### 4. Aktivitäten politisch radikaler Ausländer

Die politisch radikalen Ausländergruppen unterliegen einem ständigen Wandel in organisatorischer und ideologischer Hinsicht. Insbesondere im Jahr 1973 haben sich im Bundesgebiet Gruppen aufgelöst oder ihre radikale Zielsetzung aufgegeben. Dem stehen eine Anzahl Neugründungen gegenüber. Insgesamt bestehen in der Bundesrepublik über 200 Vereinigungen,

die nach ihren Zielen oder aufgrund des Verhaltens ihrer Anhänger als sicherheitsgefährdend oder als durch gewalttätige Aktivitäten oder Vorbereitungshandlungen die auswärtigen Belange der Bundesrepublik gefährdend bewertet werden müssen. Ein Teil dieser Organisationen bedient sich konspirativer Praktiken, bei einigen Gruppen sind terroristische Tendenzen feststellbar. Unter Berücksichtigung ihrer globalen Zielsetzung lassen sich die radikalen Ausländerorganisationen in drei Gruppierungen unterteilen:

politisch radikale "Betreuungsorganisationen für ausländische Arbeitnehmer", Studentenorganisationen und oppositionelle Gruppen mit radikalen Zielvorstellungen und Methoden. Die Gesamtstärke aller radikalen Vereinigungen im Bundesgebiet wird auf über 50 000 Mitglieder geschätzt; ca. 80 % von ihnen gehören radikalen linken Gruppen an, der Rest ist rechtsextremistischen Vereinigungen zuzurechnen. Die ausländischen Rechtsextremisten und Nationalisten haben in den vergangenen Monaten erhebliche Mitgliederverluste hinnehmen müssen, ebenso die orthodox-kommunistischen Gruppen. Mitgliedergewinne haben dagegen die zur "Neuen Linken" tendierenden Gruppen erzielt. Gemessen an der politischen Wirksamkeit dominieren die sozialrevolutionären und maoistischen Gruppen.

Manche Gastarbeiter neigen aus falsch verstandener landsmannschaftlicher Verbundenheit dazu, sich mit politisch extremen Kräften in den Betrieben zu solidarisieren und werden so mitunter zum Objekt kompromißloser radikaler Agitatoren. Aus diesem Grunde sind die ausländischen Arbeitnehmer nach wie vor Zielgruppe der politisch radikalen Ausländerorganisationen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Illegalen, deren Dunkelziffer beträchtlich ist. Neu hinzu treten als zu beeinflussende Gruppe die Heranwachsenden und Jugendlichen in den Gastarbeiterfamilien. Obwohl in den meisten Fällen der deutschen Sprache bereits mächtig, fühlen sie sich aufgrund ihres Ausländerstatus

gesellschaftlich deklassiert. In diesem Zusammenhang ist von einer gewissen Bedeutung, daß die meisten ausländischen Jugendlichen als ungelernte Arbeiter beschäftigt werden, weil für ein Ausbildungsverhältnis oft die Voraussetzungen fehlen. Andere sind im Zuge der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik eingereist, also nicht zum Zwecke der Arbeitsaufnahme. Viele dieser Jugendlichen arbeiten deshalb ohne die erforderlichen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse stundenweise und für geringes Entgelt.

In Baden-Württemberg sind politisch radikale Gruppen aus allen wesentlichen durch Arbeitnehmer vertretenen Herkunftsländern tätig. Problematisch sind hier vor allem diejenigen, die ihre organisatorische Struktur und ihre Ziele vor den Behörden in der Bundesrepublik geheimhalten und ihren vereinsrechtlichen Anmelde- und Auskunftspflichten nicht oder nur unvollständig nachkommen. Gruppen mit terroristischer Zielsetzung und konspirativ tätige Vereinigungen haben im Regelfall nur einen losen organisatorischen Rahmen.

Die Tätigkeit von Gruppen verschiedener politischer Überzeugung führt erfahrungsgemäß zu einer Polarisierung unter ausländischen Arbeitnehmern sowie zu gelegentlichen unerwünschten Konfrontationen mit Behörden der Herkunftsländer.

In diesem Zusammenhang sind besonders die Gruppen kroatischer Emigranten zu erwähnen, deren Aktionen des öfteren das erlaubte Maß politischer Agitation überschreiten und sich im Bereich strafbarer Verhaltensweisen bewegen. Um ihr politisches Gewicht zu stärken, bemühen die kroatischen Emigrantengruppen sich um eine weltweite Einigung; diese Intention hat zunächst zur Gründung einer "Weltvertretung der kroatischen Emigration" in Toronto geführt.

Die Existenz insbesondere links- und rechtsradikaler Gruppen, wie sie etwa unter Griechen und Italienern bestehen, trägt, wie Vorfälle der Vergangenheit zeigen, in gewissem Maße den

Keim für Spannungen in sich. So beispielsweise sind die in letzter Zeit bekanntgewordenen Auseinandersetzungen zwischen Griechen zweifelsfrei von den jüngsten politischen Ereignissen im Heimatland geprägt. Dabei ist anzumerken, daß die regierungstreuen griechischen Gruppierungen in der Bundesrepublik gegenüber den oppositionellen Zusammenschlüssen aller Richtungen an Mitgliederzahl leicht zugenommen haben.

Andererseits haben linksradikale und nationalistische türkische Organisationen bisher keine erkennbare Notiz voneinander genommen. Diese Gruppen verzichten auch auf eine Öffentlichkeitsarbeit mit Ausnahme der maoistischen "Patriotischen Einheitsfront der Türkei" (PEFT) und deren Mitgliederorganisation "Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V." (ATÖF).

Die orthodox-kommunistische "Partido Comunista de Espana" (PCE) ist gleich ähnlichen in ihrem Heimatland verbotenen Gruppierungen ohne ausreichende finanzielle und personelle Basis und daher politisch wenig wirksam. An Bedeutung gewonnen hat dagegen die spanische Volksfrontorganisation "Frente Revolucionario Antifascista y Patriota" (FRAP), ein Zusammenschluß von maoistisch beeinflussten Linksorganisationen. Die FRAP erstrebt den gewaltsamen Sturz der spanischen Regierung und die Schaffung einer föderativen spanischen Volksrepublik.

Eine verstärkte radikale Tätigkeit wird ferner von den ausländischen Studentengruppen getragen; unter ihnen spielt die "Conföderation Iranischer Studenten" (CISNU) deshalb eine besondere Rolle, weil die von ihr ausgehenden Aktivitäten geeignet sind, die Beziehungen der Bundesrepublik zum Iran erheblich zu belasten.

Die verbotene "Generalunion Palästinensischer Studenten" (GUPS) hat ihre Tätigkeit nicht fortgesetzt. Stattdessen betreiben die "Arabischen Studentenvereine" (ASV) die

Gründung eines Dachverbands in der Bundesrepublik. Es wird sorgfältiger Prüfung bedürfen, ob hier etwa eine Nachfolgeorganisation der GUPS im Entstehen begriffen ist.

Besondere Aufmerksamkeit erfordern weiterhin die zahlreichen Gewaltandrohungen palästinensischer Terroristen. Etwaige Aktionen werden zwar nach bisherigen Erfahrungen nicht von hier tätigen politischen Gruppen durchgeführt, können aber dennoch in mehrererlei Hinsicht von diesen unterstützt werden.

Deutsche, insbesondere maoistisch orientierte Studentengruppen, bedienen sich mitunter auch ausländischer Vereinigungen, wobei sie Probleme und Forderungen ausländischer Studenten als Aushängeschild für ihre radikale Agitation benutzen. Die Tendenz zur Verquickung von radikaler politischer Aktivität und Terror oder zumindest seiner grundsätzlichen Billigung, bezeichnend für die internationale revolutionäre und antiimperialistische Bewegung, klingt auch bei in Baden-Württemberg tätigen politisch radikalen Ausländervereinigungen an, zumal einige dieser Gruppen sich ideologisch eindeutig als Teil einer revolutionären internationalen Bewegung verstehen, wenngleich sie andererseits in ihren öffentlichen Erklärungen den Eindruck zu vermitteln bestrebt sind, sie respektierten die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Machtwechsel in Chile im Herbst 1973 hat viele Anhänger der gestürzten Regierung veranlaßt, ihr Land zu verlassen und im Ausland politisches Asyl zu suchen. Die Bundesregierung hat sich aus humanitären Gründen bereit erklärt, über 1 000 Chilenen die Einreise ins Bundesgebiet zu gestatten. Bei der Überprüfung der Chilenen, die eine Einreise in das Bundesgebiet anstrebten, wurde jedoch festgestellt, daß mindestens 91 von ihnen wegen ihrer politischen Einstellung und ihrer radikalen Betätigung in Chile für die Bundesrepublik ein

Sicherheitsrisiko gewesen wären, Die Landesregierung hat deshalb bei der Bundesregierung mehrfach nachdrücklich darauf gedrängt, daß nur solche Personen aufgenommen werden, die keine Gefährdung der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik erwarten lassen. Daraufhin hat die Bundesregierung alle Chile-Flüchtlinge, die die Einreise in das Bundesgebiet anstrebten, überprüfen lassen. Dies hat bewirkt, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen keine Chilenen eingereist sind, die ein Sicherheitsrisiko dargestellt hätten.

#### 5. Die Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

Die Ausspähungsbemühungen der östlichen Nachrichtendienste, insbesondere der Nachrichtendienste der DDR im militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland sind in ihrer Intensität unverändert geblieben. Der Fall Guillaume hat deutlich gemacht, daß in Behörden, die aufgrund ihrer Aufgabenstellung oder ihres politischen Gewichts nachrichtendienstlich besonders gefährdet sind, dem Geheimschutz auch weiterhin besondere Beachtung geschenkt werden muß.

Auf die Möglichkeit, bei Begrüßungs- und Informationsveranstaltungen des "Rates des Kreises" oder der "Nationalen Front" Kontakte zu in die DDR einreisenden Bundesbürgern anzuknüpfen, haben die DDR-Stellen inzwischen verzichtet. Statt dessen werden gezielte briefliche Anbahnungsversuche unternommen, und zwar vor allem briefliche Kontaktversuche nach vorhergegangener DDR-Reise und Zuschriften auf Stellenanzeigen.

Wie bisher benutzen die Ostblocknachrichtendienste aber auch weiterhin Reisen von Bürgern aus der Bundesrepublik Deutschland in ihren Machtbereich zu direkten nachrichtendienstlichen Anbahnungsversuchen. In Gesprächen mit den Besuchern wird unter anderem versucht, Erkenntnisse über die politischen

Anschauungen in der Bundesrepublik Deutschland und über Verhältnisse in einzelnen Industriebetrieben zu gewinnen. Hierbei wird zunehmend deutlicher, daß insbesondere die Nachrichtendienste der DDR gezielte Ansprachen von Einzelpersonen vornehmen, die ihnen aufgrund ihrer Angaben im Antrag auf Einreiseerlaubnis über Beruf und Arbeitgeber nachrichtendienstlich interessant erscheinen. Vielfach werden bei den Besuchsadressen schon vor der Einreise der Bundesbürger ergänzende Erkundigungen über die jeweiligen Besucher eingezogen.

Personen, die aus den verschiedensten Gründen von der Bundesrepublik in die DDR übersiedeln wollen, werden dort in Aufnahmelager verbracht und einem Aufnahmeverfahren unterworfen, an dem das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) maßgeblich beteiligt ist. Meist endet das Aufnahmeverfahren mit der Abschiebung der Übersiedlungswilligen in die Bundesrepublik Deutschland. Es sind aber auch mehrfach Fälle bekannt geworden, in denen Übersiedlungswillige nachrichtendienstlich verpflichtet und mit entsprechenden Ausspähungsaufträgen versehen "zur Bewährung" zurückgeschickt worden waren.

In jüngerer Zeit ist ferner mehrfach festgestellt worden, daß aus dem Ostblock geflüchtete Wissenschaftler für eine geheimdienstliche Tätigkeit gewonnen werden sollten. In dieser Hinsicht ist vor allem der CSSR-Nachrichtendienst hervorgetreten. Aber auch die Nachrichtendienste der DDR versuchen, auf diesem Wege qualifizierte Agenten mit guten Zugangsmöglichkeiten zu gewinnen. Die Erfolgsaussichten der gegnerischen Dienst sind hierbei besonders dann groß, wenn der Betroffene nach seiner Flucht bei Befragungen durch Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik Deutschland oder bei Bewerbungen frühere Kontakte zu Ostblocknachrichtendiensten verschwiegen hat.

Schließlich sind in den letzten Monaten Erkenntnisse über die nachrichtendienstliche Kontaktierung von Fluchthelfern und die Anwerbung von Aussiedlern in der CSSR angefallen.